Widerspruch

www.linke-oder-spree.de

17. Jahrgang

Februar 2008

Die Brandenburger LINKE bei der Mehrheit der Menschen

Unsre Heimat, das sind nicht nur die Städte und Dörfer ...

Unser Leitbild heißt „Unsre Heimat“. Es gibt passend dazu ein sehr schönes Lied, in dem es am Ende heißt: „Und wir lieben die Heimat, die schöne und wir schützen sie, weil sie dem Volke gehört, weil sie unserem Volke gehört.“ Es ist unser Land, in dem wir leben. Es ist das Land, welches wir den künftigen Generationen hinterlassen. Und darum ist es unsere Aufgabe, dieses Land, unsere Heimat mit dem besten Wissen und Gewissen zu behandeln und weiterzuentwickeln. Unser Leitbild ist dafür unser Konzept.

Man könnte sich auch andere Gründe für das Schreiben eines Leitbildes vorstellen. Der einfachste Grund: die Landesregierung hat eins, da müssen wir auch eins haben. Aber für ein Leitbild wie es die Landesregierung hat, würde es reichen, viele Fotos und ein paar schön klingende Sätze aufzuschreiben, auf Hochglanz zu drucken und zu verkünden. Ohne die Menschen im Land zu beteiligen. Ohne Experten zu beteiligen. Und ohne die Absicht, dieses Land wirklich zu verstehen. Aber das ist nicht unser Ansatz.

Eine schöne Begründung, warum wir ein Leitbild geschrieben haben, findet man bei dem jüdische Sozialisten und Psychoanalytiker Erich Fromm: „Wenn das Leben keine Vision hat, nach der man strebt, nach der man sich sehnt, die man verwirklichen möchte, dann gibt es auch kein Motiv, sich anzustrengen.“ Gemeinsam werden und müssen wir uns für unser Land, für unsere Heimat anstrengen. Das Land kann nicht so hinterlassen werden, wie es SPD und CDU gerade zu Grunde richten. Es besser zu machen als die jetzige Regierung wäre schon Ansporn genug, aber wir brauchten ein Konzept, eine gemeinsame Vision. Wenn der Landesparteitag am 26. und 27. Januar 2008 das Leitbild berät, Änderungen empfiehlt und die Fraktion dann das Leitbild endgültig beschließt, dann haben wir für Brandenburg eine Vision, für die es sich anzustrengen lohnt.

Es wird dann ein Prozess vorläufig enden, der schon sehr früh eingesetzt hat. Seit Anfang der 90er Jahre haben sich kluge Köpfe in der Partei PDS Gedanken um die Zukunft unseres Landes gemacht und aufgeschrieben. Wir haben viele der klugen Ideen aus den früheren Papieren mit in das Leitbild aufgenommen. Und dennoch hat sich unser Land in den letzten Jahren erheblich gewandelt und es wird sich noch viel umfassender wandeln. Wir stehen vor gravierenden Veränderungen, die eine entsprechende Antwort der Politik verlangen. Die Landesregierung macht sich die Antwort auf diese Fragen sehr einfach: abwarten und hoffen. Weder packt sie die wirklichen Probleme an, noch gibt sie dem Land eine Perspektive. Sie ist ideenlos, mutlos und es scheint, als vertraue man in der Staatskanzlei darauf, dass der deutsche Papst beim Herrgott auch mal ein gutes Wort für Brandenburg einlegt. Das ist nicht das, was ich und was wir

> Ich weiß nicht, wo Frau Merkels Mitte ist. Sie ist jedenfalls nicht da, wo die übergroße Mehrheit der Menschen in unserem Land ist.

In dieser Ausgabe:

Ein Politikwechsel ist nötig, ein Politikwechsel ist möglich 2

Jugendkriminalität mit sozialer Integrität begegnen 4

Bürgerwillen nach Sozialticket wird ignoriert 4

Katalog der Grausamkeiten – Zwei Jahre Große Koalition 6

PG 2627489 Ein Tausendsassa aus Schöneiche 8

Fürstenwalder LINKE gut auf Kommunalwahljahr vorbereitet 9

Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon 11

Macht der „Aufschwung“ um Beeskow einen Bogen? 12

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

Peer Jürgens
Erkner, MdL, Mitglied des Vorstandes der LINKEN Oder-Spree

für die Zukunft unseres Landes haben wollen.

Wir setzen auf Gestaltung und Teilhabe, wir setzen auf Solidarität und Nachhaltigkeit, wir sehen Brandenburg im Kontext seiner Nachbarn und wir haben das ganze Land und jede Region in Brandenburg im Blick. Deshalb heißt unser Leitbild auch „Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen". Natürlich sind unsere Ideen auch realistisch. Insgesamt kann man eines jetzt schon sagen: wir liegen mit unserem Leitbild auf einer Augenhöhe mit den Menschen im Land. Die wichtigsten Themen für das Land, die in einer Umfrage benannt wurden, sind genau die Themen, die wir in unserem Leitbild ansprechen und die wir mit unserer Politik vorantreiben.

Wir sind mit unseren Ideen in der Mitte der Brandenburgischen Gesellschaft. Ich weiß nicht, wo Frau Merkels Mitte ist. Sie ist jedenfalls nicht da, wo die übergroße Mehrheit der Menschen in unserem Land ist. Aber bei dieser übergroßen Mehrheit, in dieser Mitte, da sind wir. Lasst uns mit diesem Leitbild ganz im Sinne Erich Fromms nach einem anderen Brandenburg streben, nach einem anderen Brandenburg sehnen, ein anderes Brandenburg verwirklichen und für ein anderes Brandenburg anstrengen.

Peer Jürgens zum „Leitbild Brandenburg" auf der Kreisdelegiertenkonferenz in Fürstenwalde am 18. 1. 2008

2. Tagung der 1. Kreisdelegiertenkonferenz der Partei DIE LINKE in Oder Spree am 18. Januar 2008 in Fürstenwalde

Die Delegierten aus Landkreis Oder-Spree zum 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE:

- Ursula Paape, Erkner
- Renate Westphal, Eisenhüttenstadt
- Peter Engert, Fürstenwalde
- Dr. Artur Pech, Schöneiche

Am Abend des 18. Januar fanden sich die Kreisdelegierten in der Fürstenwalder Kulturfabrik zusammen. Im Mittelpunkt stand – mit Priorität für das Jahr 2008 – die Kommunalwahl in Brandenburg am 28. September. Einführend sprach Peer Jürgens, MdL aus Erkner, zum Leitbild der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg „Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen" (siehe oben).

Thomas Nord, Landesvorsitzender der Brandenburger LINKEN beantwortete die im Land vielfach gestellte Frage. „Würde sich DIE LINKE an einer Koalitionsregierung SPD – DIE LINKE beteiligen – ja oder nein?" Seine Antwort: „Sollte nach der Landtagswahl 2009 die Frage überhaupt stehen, entscheidet über die Regierungsbeteiligung die Annahme der Forderungen unserer Partei. Eine Postenjagd findet nicht statt."

Für das Jahr 2008 stellt sich die Brandenburger LINKE die außerparlamentarische Aufgabe, zum Volksbegehren für ein Sozialticket aufzurufen – was bedeutet, 80 000 BürgerInnen dafür zu gewinnen, ihre Unterschriften auf dem Ämtern zu leisten.

Zur Wahl der vier Delegierten für den 1. Bundesparteitag der Linkspartei stellten sich zwei Genossinnen und vier Genossen (Ergebnis Randspalte links). *P.Ho.*

Erklärung der Kreisdelegiertenkonferenz der Partei DIE LINKE Oder-Spree

Ein Politikwechsel ist nötig, ein Politikwechsel ist möglich

Im Herbst des Jahres 2008 werden der Kreistag sowie Stadt- und Gemeindevertretungen neu gewählt. Die LINKE will stark in den Gremien vertreten sein, um einen Politikwechsel für die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kreises durchzusetzen.

Der Landkreis Oder-Spree ist nicht der Nabel der Welt. Die globalen wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen werden auch künftig nicht durch die Kommunen bestimmt. Ebenso werden die Leitbilder, Werte und Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Land und Bund nicht allein von uns Ostbrandenburgern bestimmt. Aber die Kommunen stehen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern in der Pflicht, ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen, um mit den Folgen von Globalisierung, demografischem und Klimawandel, technologischer Entwicklung sowie mit der Auflösung alter sozialer Milieus fertig zu werden.

Lothar Bisky, MdB und Vorsitzender der Partei DIE LINKE, spricht auf dem Neujahrsempfang der LINKEN in Oder-Spree, der am Nachmittag vor der Delegiertenkonferenz in der Fürstenwalder Kulturfabrik stattfand. In großer Zahl waren BürgerInnen und Verantwortungsträger aus Kommunen, Parteien und Vereinen der Einladung gefolgt.

DIE LINKE für politische Alternativen

Auch in Oder-Spree sind die Folgen dieser Entwicklungen spürbar – für viele Bürgerinnen und Bürger sind sie nicht zuletzt durch Entscheidungen der politischen Mehrheiten in Land, Bund und auf internationaler Ebene mit tiefen persönlichen und sozialen Einschnitten verbunden. DIE LINKE macht immer wieder deutlich, dass politische Alternativen dringend notwendig und möglich sind. Wirtschaftliche Entwicklung, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Bürgerrechte stehen dabei für uns im Mittelpunkt.

DIE LINKE in Oder-Spree versteht sich als eine Partei für den Alltag! Wir helfen, wo Hilfe notwendig ist, aber auch wo Protest und Widerstand erforderlich

Thomas Nord, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKEN in Brandenburg fordert auf der Delegiertenkonferenz dazu auf, Bürgerinnen und Bürger in großer Zahl für ihre Unterschrift für ein Sozialticket in Brandenburg zu gewinnen.

sind. Wir sind bei den Menschen vor Ort, wir sind Ansprechpartner für ihre Sorgen, Probleme und Wünsche der Menschen. Wir wenden uns aktiv gegen Diskriminierungen jeglicher Art. Wir sind in Rathäusern, Kommunalvertretungen und im Landtag aktiv. Die parlamentarische Arbeit ist aber nichts ohne die Partei als Netzwerk von unermüdlichen Parteimitgliedern und Sympathisanten, die sich vor allem außerparlamentarisch engagieren.

Gegen Massenarbeitslosigkeit – für öffentlich geförderten Beschäftigungssektor

DIE LINKE in Oder-Spree will gesellschaftliche Veränderung, mehr soziale Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist das Leitmotiv unseres politischen Handelns. Dazu gehört, dass wir alles tun, um die Abwanderung zu stoppen und das Zurückkommen zu fördern. Dazu benötigen die Region und ihre Menschen sichtbare Zukunftspotentiale.

Wir brauchen gute Bildung und Ausbildung, ein familienfreundliches Klima und Arbeit. Kunst, Kultur, Bildung und Familienfreundlichkeit sind wichtige Standortfaktoren für die Region. Oder-Spree ist lebens- und liebenswert!

Wir engagieren uns für Arbeit, von der man leben und eine Familie gründen kann. Kurz, wir wollen eine Zukunft für alle hier in unserer Region. Das wird derzeit von der herrschenden Politik verbaut. Hier setzt der notwendige Politikwechsel ein, mit dem DIE LINKE in Oder-Spree im Kommunalwahlkampf sich bewirbt.

Die dauerhafte Massenarbeitslosigkeit ist das entscheidende Problem der Region. Die Menschen hier brauchen Arbeit. Arbeit, von der sie leben können. Arbeit für die eigene Würde. Damit sie entstehen kann, müssen alle Möglichkeiten und Potentiale vor Ort genutzt werden. Die Region schafft es nur gemeinsam. Wir haben die Lust zum Neudenken der Verhältnisse und setzen auf innovative Lösungen vor Ort.

Wir brauchen endlich gleiche Löhne und Renten in Ost und West! Die Regionalplanung muss die Ressourcen aller Teile unseres Landkreises entwickeln. Der demografische Wandel muss gestaltet und nicht mit Agonie beäugt werden.

Durch eine intelligente und flexible Förderungspolitik unterstützen wir mit den Mitteln des Kreises, der Städte und Gemeinden besonders regionale Unternehmen und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die tariflichen Lohn zahlen. Als zwingende Lohnuntergrenzung soll ein gesetzlicher Mindestlohn gelten.

Wirtschaftsförderung ist für uns ein wichtiges Instrument für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in der Region. Ebenso müssen die demokratischen Instrumente im Wirtschaftsleben weiter entwickelt werden. Wir werden die betriebliche Mitbestimmung gemeinsam mit den Gewerkschaften erhalten und qualifizieren. Angesichts der Realitäten in den vielen kleinen und mittleren Unternehmen hierzulande brauchen wir auch neue Formen der Teilhabe an den innerbetrieblichen Entscheidungsprozessen. Kommunale und genossenschaftliche Eigentumsformen sollen besser gefördert und gesetzlich geregelt werden. Die Zerschlagung der genossenschaftlichen Eigentumsformen, z. B. in der Landwirtschaft, muss verhindert werden, im Gegenteil, für uns sind diese neuen Eigentumsformen Grundlage für Innovation und Entwicklung in unserer Region.

Für gesetzlichen Mindestlohn und Flächentarifverträge

Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn und den Flächentarifvertrag, Arbeitszeitverkürzung statt Rente mit 67, bezahlbares Wohnen, längeres gemeinsames Lernen, Kindertagesstätten mit einem Bildungsauftrag und kostenlosem Mittagessen, gebührenfreien Schülerverkehr, Möglichkeiten für lebensbegleitendes Lernen bis ins Alter und interessante, wohnortnahe Freizeitangebote.

Wir treten ein für eine solidarische Gesellschaft und Politik, die Arbeitslose nicht diffamiert und zur bevorzugten Zielscheibe von Missgunst, Hohn und Spott werden lässt. Oder-Spree braucht keinen Ausbau der Arbeitslosenverwaltung zu einer bürokratischen Maschinerie, die ihre Kraft auf die soziale Kontrolle von Zuwendungsempfängern konzentriert. Wir brauchen Arbeitsmarktinstrumente, die auf versicherungspflichtige Arbeit zielen und der Hartz-IV-EmpfängerInnen, RentnerInnen und NiedrigverdienerInnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Öffentliche Daseinsvorsorge ist Sache der Kommunen

Gegen die gefährdende Umweltzerstörung, sichtbar am sich abzeichnenden Klimawandel, setzen wir einen sozialökologischen Umbau, der Arbeitsplätze schafft, der auf regenerative Energieerzeugung setzt, die Versorgungsnetze in öffentliche Hand überführt und die öffentliche Daseinsvorsorge der Marktlogik entzieht. Der Landkreis Oder-Spree umfasst den engeren Verflechtungsraum um Berlin, landwirtschaftliche Regionen und industrielle Kerne. Gleichberechtigter und kostengünstiger Zugang aller zu den lebenswichtigen Dienstleistungen, die in hoher Qualität flächendeckend, verlässlich und dauerhaft vorzuhalten sind, muss gewährleistet werden.

Dazu gehören besonders wohnortnahe Bildungseinrichtungen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Schulstandorte aus finanziellen Erwägungen gänzlich geschlossen werden. Privatschulen verstärken die Bildungsungerechtigkeit.

Mehr Demokratie in der Kommune heißt Abwehr rechtradikaler Kräfte, Mitsprache der Jugend, Bürgerhaushalte

Auch auf lokaler Ebene führt der Weg zu mehr Demokratie zu allererst über die Stärkung der gewählten Vertretungen. Das heißt für uns auch zu verhindern, dass rechtsradikales, rassistisches und faschistisches Gedankengut in die Parlamente einzieht. Wir treten ein für eine echte kommunale Selbstverwaltung und die bessere Ausstattung der Kommunen mit finanziellen Mitteln. Je größer die lokalen Handlungsmöglichkeiten werden, desto mehr macht es wieder Sinn und Spaß, sich in der lokalen Politik zu engagieren, was wiederum die personelle Kompetenz und Qualität der Volksvertreter verbessert. Neue Formen direkter Teilhabe, wie zum Beispiel die Bürgerhaushalte, werden wir gezielt forcieren.

Die demokratische Teilhabe darf nicht nur auf Erwachsene beschränkt bleiben. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und Kinderarmut ist es an der Zeit, auch auf die heranwachsenden Generationen zu hören. Das bedeutet zunächst einen unkomplizierten und materiell gesicherten Zugang zu Bildung, Kultur, Freizeitangeboten und Sport. Kinder- und Jugendparlamente sowie andere Formen der Mitbestimmung sind Foren, in denen die Heranwachsenden ihre Interessen zum Ausdruck bringen und demokratische politische Kultur einüben. Diese demokratischen Foren müssen dann auch mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet sein, es geht um mehr als nur um mitreden.

Informationen zum Leitbild für Brandenburg der Partei DIE LINKE in den Geschäftsstellen der Partei sowie unter:

www.dialog-fuer-brandenburg.de

Der Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur

■ Wer – wie Justizministerin Blechinger – zulässt, dass die Arbeitsbelastung bei Staatsanwälten 169 Prozent beträgt, darf nicht verwundert sein, wenn staatsanwaltliche Ermittlungen länger dauern und die Strafe der Tat nicht auf dem Fuße folgt.

■ Wer – wie Justizministerin Blechinger – plant, das Amtsgericht Eisenhüttenstadt zu schließen, zieht sich mit Blick auf eine präsente gerichtliche Ahndung von Straftaten aus großen Teilen des Landkreises Oder-Spree zurück.

■ Wer die Polizeiwache Beeskow – wie Innenminister Schönbohm – schließt, lässt zu, dass Menschen sich mangels Polizeipräsenz unsicher fühlen. Dann noch die Sicherheitsdebatte anzuheizen, ist für diese Region ein gefährliches Spiel, denn es ruft andere vermeintliche Ordnungskräfte auf den Plan. Nicht von ungefähr ist die NPD in Oder-Spree aktiver geworden.

Geheuchelte politische Empörung im Brandenburger Landtag

Jugendkriminalität mit sozialer Integrität begegnen

Es vergeht in den aktuellen Landtagswahlkämpfen kein Tag, an dem nicht in der Politik Forderungen nach „härteren Strafen“, nach „Erziehungs-Camps“ und „Warnschussarrest“ erhoben werden. Auch im Land Brandenburg glauben vor allem CDU-Politiker wie Schönbohm, Blechinger und Petke, dass angeblich zunehmende Gewalt politisches Handeln notwendig mache. DIE LINKE lehnt jede Verschärfung des Jugendstrafrechts ab.

Die Debatte hat sich verselbständigt. Sie ist nie sachlich gewesen, sondern hat immer nur Stammtische im Blick gehabt und mit den – natürlich vorhandenen – Ängsten der Bevölkerung vor Kriminalität gespielt.

Diese Diskussion muss aber schnell versachlicht werden, denn die vorgeschlagenen eilfertigen Lösungen taugen nichts. Die Mehrheit der Fachverbände und Experten des Jugendstrafrechts halten Strafverschärfungen für ungeeignet, das Problem jugendlicher Kriminalität zu lösen. Wer nach dem „Warnschussarrest“ u. ä. ruft, gefährdet vielmehr erzielte Erfolge und schadet dem postulierten Anliegen. Ob es z. B. überhaupt einen deutlichen Anstieg von Jugendgewaltkriminalität in den letzten Jahren gab, ist nach einem aktuellen Bericht einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe nicht gesichert. Jugendgewalt stagniert und geht zurück. Aufgrund schlimmer Ausnahmetaten darf aber keine Politik für alle begründet werden. Schwere Kriminalität ist Erwachsenen- und nicht Jugendkriminalität. In der Praxis ist auch unumstritten, dass schwere Strafen nicht abschrecken und die Rückfallquote nicht senken können. Die Liste der weiteren Fakten ist lang, aber unbekannt. Das muss sich ändern. Deshalb werde ich in Veranstaltungen in Fürstenwalde und in Beeskow gemeinsam mit Schülern und einem Jugendrichter zu diesen Fragen und Problemen ins Gespräch kommen.

Erst Ende letzten Jahres habe ich erfolglos während der Haushaltsberatung für die Fraktion DIE LINKE im Landtag die Einstellung von mehr Staatsanwälten und Strafvollzugsbediensteten beantragt.
Der Bund der Strafvollzugsbediensteten hat Recht, durch Stellenabbau kann es nicht mehr innere Sicherheit geben.

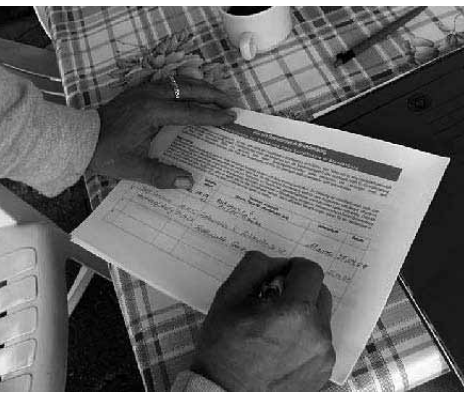
Es werden also nicht nur falsche Antworten auf die falschen Fragen gegeben. Jugendkriminalität muss mit sozialer Integration begegnet werden. Deshalb hat die Landtagsfraktion DIE LINKE beantragt (Drucksache 4/5747), die Kriminalpolitik des Landes der letzten Jahre auszuwerten. Erst wenn man weiß, wie sich Stellendefizite, Mittelkürzungen in der Jugend- und Sozialarbeit, im Vollzug und Einsparungen bei der Betreuung von Jugendlichen auf die Jugendkriminalität ausgewirkt haben, kann man politisch bestimmen, mit welchen Programmen tatsächlich junge Menschen positiv beeinflusst werden, um straffrei zu leben.

Stefan Sarrach, MdL, rechtspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Regierungsfraktionen der SPD und CDU lehnten Behandlung der Volksinitiative für ein Sozialticket in der Hauptausschusssitzung 17. Januar 2008 ab

Bürgerwillen nach Sozialticket wird ignoriert

In einer aktuellen emnid-Umfrage befürworten 76 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger das Sozialticket. Es wäre deshalb notwendig, dass die Regierungsfraktionen im Interesse von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit diesen Mehrheitswillen respektieren würden.



Die Finanzierbarkeit des Tickets ist im Rahmen des Haushaltsvollzugs des Verkehrsetats gesichert. Einen entsprechend Antrag wird die Fraktion DIE LINKE zur kommenden Landtagssitzung dem Parlament unterbreiten. Die Argumentation der Kollegen Baaske und Lehmann (SPD) ist sehr fragwürdig. Sie stimmen dem Anliegen zu und lehnen gleichzeitig die Volksinitiative ab. SPD und CDU nehmen den Willen der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst. Die Bereitstellung und Finanzierung des Sozialtickets scheitert am mangelnden sozialpolitischen Willen der Koalition.

Dass sich der Landkreis Dahme-Spreewald bisher ein Sozialticket leisten kann, widerspiegelt eine besondere Situation. Der Kreis hat insbesondere durch das BBI-Flughafen-Baugeschehen eine günstige Finanzsituation und eine niedrige Arbeitslosenrate. Den Landkreisen und kreisfreien Städten stehen für den öffentlichen Personennahverkehr 83 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Diese Mittel wurden in den letzten Jahren immer wieder gekürzt. Da es sich beim ÖPNV um eine von SPD und CDU beschlossene freiwillige Aufgabe handelt, können Landkreise und kreisfreie Städte nur dann ein Sozialticket anbieten, wenn sie einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Gleichzeitig ist die Argumentation der SPD- und CDU-Fraktion eine Zumutung für die Betroffenen. Mit der Teuerungsrate von drei Prozent und der erneuten Fahrpreiserhöhung im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg wird Mobilität für die Betroffenen noch teurer.

Chancengleichheit lässt sich nur durch eine landesweite Regelung für ein Sozialticket herstellen.

Anita Tack, MdL, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Hauptausschuss

Aus der Fraktion DIE LINKE im Kreistages Oder-Spree

Bestand einer gymnasialen Oberstufe in Eisenhüttenstadt in Gefahr

Ende 2007 lag den Abgeordneten des Kreistages eine Beschlussvorschlage der Kreisverwaltung vor, die vorsah, dass zukünftig in Eisenhüttenstadt die Sekundarstufe II (11.–13. Klasse) nur an der Gesamtschule III sein soll und nicht mehr am Oberstufenzentrum. Diese Vorlage ist aufgrund von kritischen Hinweisen der Abgeordneten und massiver Proteste von Eltern und Schülern von der Verwaltung zurückgezogen worden. Damit ist aber das Problem noch nicht gelöst!

Wie sollen sich nun die Abgeordneten des Kreistages entscheiden und insbesondere die Eisenhüttenstädter Abgeordneten? Denn die Faktenlage ist folgende:

- Die Schülerzahlen gehen zurück.
- Die Gesamtschule III hat seit Jahren die gymnasiale Oberstufe angeboten, was intensiv genutzt wurde. Viele Schülerinnen und Schüler nutzen die Möglichkeit, zunächst bis zur 10. Klasse diese Schule zu besuchen und danach, wenn die Leistungen es zulassen, an dieser Schule noch das Abitur zu machen.
- Wenn die Gesamtschule III die gymnasiale Oberstufe verliert, wird diese Schule eine Oberschule. Die vom Bildungsministerium angedachte und favorisierte „Oberschule“ für das Land Brandenburg lässt aber kaum noch einen Übergang zum Abitur zu.
- Das Oberstufenzentrum hat seit dem letzten Jahr vom Bildungsministerium unterstützt die Möglichkeit, das Abitur anzubieten, was ebenfalls von vielen Schülern genutzt wird.

Und nun sollen wir entscheiden, welche Schule in unserer Stadt „lebensfähig“ bleibt? Nein, ich stehe nicht für die verfehlte Bildungspolitik des Landes zur Verfügung!

Wenn Minister Rupprecht die Privatschulen favorisiert, wenn die Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe im Land nicht wirklich gewollt ist – nur etwa 8–14 Schulen dieser Art wird es zukünftig im Land Brandenburg geben, also nicht mal in jedem Kreis –, wenn alle unsere Anträge zur Bildungspolitik abgelehnt werden – z. B. die Klassenfrequenz für die Sekundarstufe II so schnell wie möglich von 50 auf 40 Schülerinnen und Schüler zu reduziert, wenigstens ab dem Schuljahr 2008/2009, aber der Minister meint, 2009/2010 wäre auch noch zeitig genug …

Ich fordere, dass auch der Kreis Oder-Spree nach alternativen Formen im Bildungsbereich nachdenkt und sich gegenüber dem Ministerium stark macht. Es gibt Kreise in Brandenburg, in denen neue Formen der Zusammenarbeit der Schulen praktiziert werden und dadurch manche Schule in der Region überlebt!

Helga Böhnisch, Eisenhüttenstadt, MdL und Abgeordnete des Kreistages

Helga Böhnisch
Mitglied des Landtages Brandenburg, Sprecherin für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE

PDS-BueroBoehnisch@gmx.de
www.helga-boehnisch.de
Mitarbeiter:
Brigitte Kemna
Dr. Thomas Römer

Bürgerbüro:
Lindenallee 30,
15890 Eisenhüttenstadt, Tel./Fax
(0 33 64) 77 28 81

Die Kommunalwahl kommt und DIE LINKE wirkt

Für die Europa-Schule Storkow zu spät

Während der bildungspolitische Sprecher der CDU Ingo Senftleben seit Monaten durchs Land zieht und Hoffnungen weckt, indem er den Erhalt von einzügigen Schulen verspricht, hat die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Klara Geywitz gestern gemeinsam mit Bildungsminister Rupprecht (SPD) als neue Initiative der SPD verkündet, dass Schulen künftig auch mit 50 statt wie bisher mit mindestens 60 Anmeldungen elfte Klassen eröffnen können und siebente Klassen an Einzelstandorten auch mit 30 Anmeldungen eingerichtet werden können.

Wichtige bildungspolitische Forderungen der LINKEN, deren Realisierung seit Jahren an der konsequenten Ablehnung im Landtag von Seiten der Koalitionsfraktionen scheiterte, werden jetzt als Geschenk im begonnenen Kommunalwahlkampf von SPD und CDU der Öffentlichkeit offeriert. SPD und CDU haben einen Wettlauf um die Gunst der Wähler – vor allem in den ländlichen Regionen – begonnen und damit bisherige Koalitionsprinzipien über Bord geworfen.

Die jetzt angekündigten Maßnahmen kommen in unserem Kreis u. a. für die Europa-Schule Storkow zu spät. Für andere Schulen könnten sie das Überleben bedeuten. SPD und CDU haben seit 1999 eine beispiellose Zerstörung der schulischen Infrastruktur zu verantworten, im Vorfeld der Wahlen demonstrieren sie nun einen Gesinnungswandel.

Die LINKE erhob in den vergangenen Jahren sowohl in Anträgen als auch im Zusammenhang mit der 16. Schulgesetznovelle und mit dem Doppelhaushalt für 2008/09 immer wieder die Forderung, zum Erhalt von möglichst vielen Schulstandorten unter den Bedingungen sinkender Schülerzahlen siebente Klassen in jedem Falle zu erhalten, wenn 30 Anmeldungen vorliegen und elfte Klassen mit 40 Anmeldungen einzurichten. So wurde auch ganz konkret unser Antrag für die Senkung der Schülerzahlen im September 2007, um Storkow zu retten, energisch abgelehnt!

Daran werden sich die Wählerinnen und Wähler erinnern.

Die LINKE hofft, dass sich die späte Einsicht der Koalitionsparteien nicht als Eintagsfliege herausstellt. Ihre Forderung nach einer besseren Ausstattung mit Lehrerstellen für mehr Qualität an Brandenburgs Schulen muss als nächster Schritt sofort und nicht erst im kommenden Jahr als Landtagswahlgeschenk realisiert werden.

Helga Böhnisch. Eisenhüttenstadt, MdL, 17. Januar 2008

Eltern-Schüler-Demo in Storkow am 28. 8. 2007. Die erforderlichen 50 Schüleranmeldungen für die 11. Klasse wurden nicht erreicht. Deutsche Schüler mussten an andere Schulen. Polnische Schüler sollten für 330 € monatlich an eine Privatschule. Fotos: Reinhard Zielke

Zwei Jahre Gr

Ein verteilungspolitis

Die Strategie von CDU/ CSU und SI zeigen wie die herrschenden Partei „von unten nach oben" umverteilt h

Steuer

Dr. Barbara Höll
Leiterin des Arbeitskreises II – Wirtschaft, Arbeit, Finanzen – und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE; Geboren am 26.12.1957, Beruf: Diplom-Philosophin

Barbara Höll war Mitglied des sächsischen Landtages und langjährige finanzpolitische Sprecherin in der Bundestagfraktion der PDS

Kontakt:
Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel (0 30) 22 77 12 62
E-Mail: barbara.hoell@bundestag.de

Wie den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche gegriffen wird

Mehrwertsteuererhöhung – der erste Wahlbetrug

Betroffen von der Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent sind fast alle Waren und Dienstleistungen: von der Handwerkerrechnung, über den Autokauf bis zum Einkauf im Warenhaus. Ein Durchschnittshaushalt mit vier Personen muss mit jährlichen Mehrkosten von mehr als 500 Euro rechnen. RentnerInnen, Studierende oder Hartz-IV-Bezieher profitieren nicht von der im Gegenzug stattfindenden Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

*Mehrbelastung laut Bundesregierung: rund **22 Milliarden** Euro (davon werden nur **7,5 Milliarden** Euro für die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verwendet).*

Normalverdiener müssen zahlen – Entfernungspauschale, Arbeitszimmer, Sparerfreibetrag

Bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sollen die ersten 20 Kilometer nicht mehr steuerlich absetzbar sein. Eine ledige Pendlerin mit einem durchschnittlichen Einkommen, die 30 Kilometer Fahrweg zur Arbeit hat, muss rund 400 Euro mehr Einkommensteuer zahlen.

Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer werden nur noch berücksichtigt, wenn das Arbeitszimmer der Mittelpunkt der gesamten beruflichen Tätigkeit ist. Betroffen davon sind LehrerInnen, aber auch Menschen, die überwiegend außer Haus arbeiten, aber ein häusliches Arbeitszimmer benötigen, um ihrer Tätigkeit nachgehen zu können.

Der Sparerfreibetrag wird von 1 370 Euro (Ledige) und 2 740 Euro (Verheiratete) auf 750, beziehungsweise 1 500 Euro gesenkt.

*Mehrbelastung laut Bundesregierung: **2,5 Milliarden** Euro (Entfernungspauschale), **300 Millionen** Euro (Arbeitszimmer), **750 Millionen** Euro (Sparerfreibetrag).*

Die „Reichensteuer": Gutverdiener werden verschont

„Reichensteuer" soll soziale Ausgewogenheit vorgaukeln. Sie meint die Anhebung des Einkommensteuer-Spitzensatzes von 42 Prozent auf 45 Prozent für Einkommen ab 250 000 Euro bei Ledigen und 500 000 Euro bei Verheirateten. (Im Jahr 2000 lag der Spitzensteuersatz noch bei 51 Prozent.) Weil Gewinneinkünfte ausgenommen sind, werden nur einige Wenige die „Reichensteuer" zahlen müssen.

*Mehrbelastung laut Bundesregierung: **250 Millionen** Euro.*

Nur noch bis 25: Kindergeld und Kinderfreibetrag

Kindergeld wird – gekürzt um zwei Jahre – nur noch bis zum 25. Lebensjahr gezahlt. Gleiches gilt für den Kinderfreibetrag.

*Mehrbelastung laut Bundesregierung: **534 Millionen** Euro.*

Abschaffung der Steuerfreiheit von Abfindungen

Vor allem die ArbeitnehmerInnen sind betroffen, für die eine Abfindung Arbeitslosigkeit zumindest zum Teil abfedern sollte oder Teil der Altersvorsorge darstellt.

*Mehrbelastung laut Bundesregierung: **400 Millionen** Euro.*

Energie: Für Privatmenschen wird's teurer

Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen wird die Besteuerung von Biodiesel drastisch zunehmen. Auch wer noch darauf angewiesen ist mit Kohle zu heizen, wird seit 2006 mit einer Steuererhöhung belastet.

*Mehrbelastung laut Bundesregierung: **330 Millionen** Euro.*

Wie Konzerne und Großverdiener beschenkt werden

Energie: Für Konzerne wird's billiger

Mit der Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen können sich viele Unternehmen über Steuererleichterungen freuen – bei der Stromerzeugung, in Seehäfen und in der Schiff- und Luftfahrt beispielsweise. Kohle zur Erzeugung von elektrischem Strom bleibt weiterhin steuerfrei.

*Entlastung laut Bundesregierung: **260 Millionen** Euro*

Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen

Die Ausweitung der degressiven Abschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter soll zu mehr Investitionen führen – die Wirkung ist umstritten, die Steuerentlastung hingegen wird von den Unternehmen auf jeden Fall mitgenommen, auch wenn sie ohnehin investieren wollten.

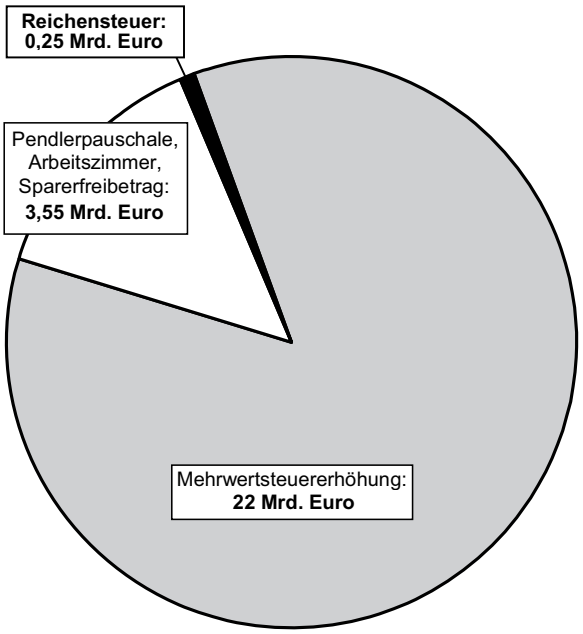
*Entlastung laut Bundesregierung: **2,4 Milliarden** Euro.*

Unternehmensteuerreform 2008 – Milliardengeschenke!

Die Unternehmenssteuerreform 2008 wird die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden weiter schwächen. Unter anderem können sich Unternehmen und Großverdiener über folgende Steuergeschenke freuen: Absenkung des Körperschaftsteuer-Satzes von 25 auf 15 Prozent, Senkung der Gewerbesteuermesszahl von 5 auf 3,5 Prozent und die Einführung einer

Normalverdiener müssen zahlen Reiche werden verschont

(Mehrbelastungen durch ausgewählte Maßnahmen der Bundesregierung)



roße Koalition

ches Sündenregister

PD setzt auf Vergesslichkeit. Wir en ganz konkret und immer wieder hat. Zum Beispiel an Hand der

rpolitik

Kapitalabgeltungsteuer. Bei dieser sollen Einkommen aus Kapital – also z. B. aus Zinsen und Dividenden – generell mit maximal 25 Prozent besteuert werden und damit nicht mehr mit dem individuellen Einkommensteuersatz. Damit werden Menschen mit hohem Gesamteinkommen massiv entlastet.

Entlastung laut Bundesregierung: ***5 Milliarden*** *Euro, laut Experten: mind.* ***10 Milliarden*** *Euro*

Erbschaftsteuer für vererbte Unternehmen wurde weitgehend abgeschafft

Wenn die Lohnsumme in den 10 Jahren nach der Übertragung in keinem Jahr geringer als 70 Prozent der durchschnittlichen Lohnsumme der letzten fünf Jahre vor der Übertragung war, wird auf vererbte Unternehmen kaum noch Erbschaftsteuer bezahlt. Offizielle Begründung: Die derzeitige Erbschaftsteuer gefährde angeblich die Existenz von Unternehmen, wenn diese vererbt werden. Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Musste die Bundesregierung aber eingestehen: Sie hat keinerlei Belege für diese Behauptung!

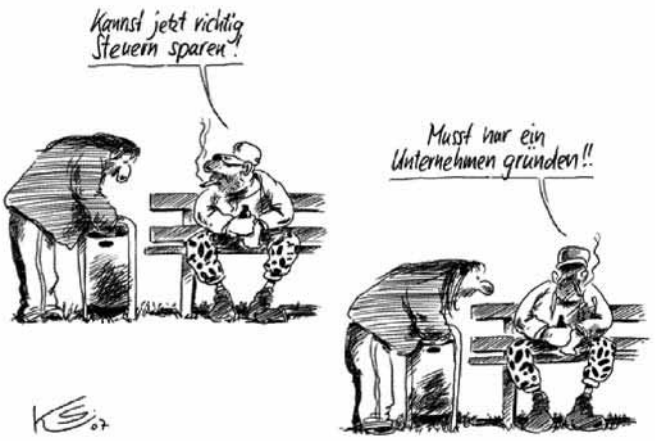
Zockerei auf Kosten der Steuerzahler : Steuerfreie Immobilienspekulation durch REITs

Real-Estate-Investment-Trusts (REITs) sind eine besondere Form von Immobilienfonds, die als Aktiengesellschaften an der Börse gehandelt werden können. Durch die Zulassung von REITs in Deutschland, können diese vollständig der Körperschaft- und Gewerbesteuer entgehen. Bis Ende 2009 sind aber auch die Gewinne aus dem Verkauf von Gewerbeimmobilien an einen REIT zur Hälfte von der Steuer befreit. Dies kommt vornehmlich Unternehmen zu Gute, die ihre zumeist unterbewerteten Immobilien profitträchtig veräußern. Nutzen diese Unternehmen die veräußerten Immobilien selbst weiter, dann mindern die entrichteten Pachtzahlungen wiederum in vollem Umfang den zu versteuernden Gewinn.

Entlastung laut Bundesregierung: ***350 Millionen*** *Euro.*

Umsteuern, umverteilen – das fordert DIE LINKE

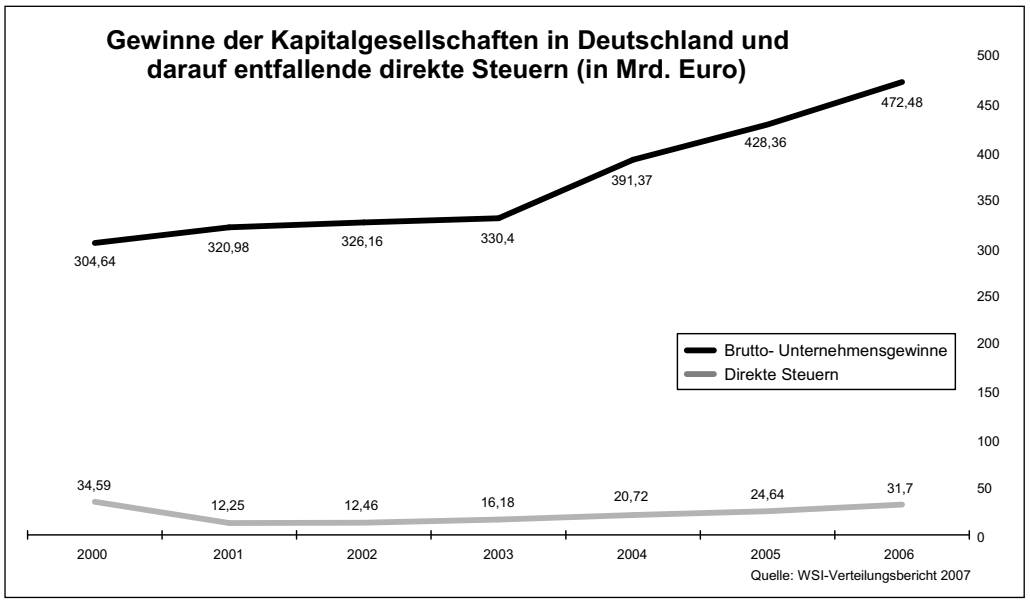
- Unternehmensgewinne werden umfassend ermittelt und versteuert! Steuerbefreiungen sind entsprechend abzuschaffen!
- Alle Unternehmensgewinne, die im Inland erwirtschaftet werden, werden in vollem Umfang der inländischen Steuer unterworfen!
- Gewinne auf Veräußerungen von Anteilen an Kapitalgesellschaften werden voll besteuert!
- Die Senkung der Unternehmenssteuersätze ist zurückzunehmen!
- Gegen Steuerwettbewerb, Steuerdumping und Gestaltungsmöglichkeiten wird konsequent vorgegangen!
- Die Erbschaftsteuer ist so zu reformieren, dass erhebliche steuerliche Mehreinnahmen möglich sind und eine gleichmäßigere Vermögensverteilung erreicht wird!
- Die Vermögensteuer wird wieder erhoben. Einkünfte aus Kapitalvermögen werden effektiver erfasst, Veräußerungsgewinne sind in vollem Umfangsteuerpflichtig!
- Der Spitzensteuersatz ist für alle Einkunftsarten gleichermaßen auf 50 Prozent anzuheben!
- Das steuerfreie Existenzminimum muss realitätsbezogen auf mindestens 8 500 Euro jährlich angehoben werden. Eine unabhängige Kommission prüft die Höhe regelmäßig!
- Das Ehegattensplitting wird umgewandelt. Unterhaltsleistungen zwischen Erwachsenen werden bis in Höhe des steuerfreien Existenzminimums steuerlich berücksichtigt!
- Das Kindergeld ist für alle Kinder auf 250 Euro monatlich anzuheben. Die Bezugsdauer bis zum 27. Lebensjahr wird beibehalten. Für Kinder, deren Eltern über ein geringes oder kein Einkommen verfügen, ist das Kindergeld sofort bis zur Höhe des Existenzminimums anzuheben!
- Kosten der Kinderbetreuung werden bis zu einem Höchstbetrag von 2 100 Euro jährlich zur Hälfte erstattet!
- Das zu versteuernde Einkommen wird realitätsnah ermittelt!
- Die Kürzung der Pendlerpauschale ist zurückzunehmen!



Der **„Katalog der Grausamkeiten“** wurde im Dezember 2007 vom Arbeitskreises II (Wirtschaft, Arbeit, Finanzen) der Fraktion DIE LINKE im Bundestag erarbeitet.

Seine Schwerpunkte sind:
- Steuerpolitik
- Wirtschaftspolitik
- Arbeitsmarktpolitik

Die vollständige Analyse kann im Internet unter *http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7705065304.pdf* heruntergeladen werden. Kontakt: Sylvia.Kalex@linksfraktion.de



Die Forderung geht weiter

NPD-Verbot jetzt!

Um dem Treiben der parteiorganisierten Neofaschisten Widerstand entgegenzusetzen, führte die VVN-BdA die Kampagne *nonpd – NPD-Verbot jetzt!* durch. Vom 27. 1. bis 9. 11. 2007 unterschrieben 175 445 Menschen einen Brief an die Bundestagsabgeordneten. Sie fordern mit ihrer Unterschrift, endlich damit zu beginnen, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD einzuleiten.

Die Unterschriftenlisten sollten öffentlichkeitswirksam dem Bundestagspräsidenten übergeben werden, der sich verweigerte. Die Unterschriften könnten bei der Poststelle des Petitionsausschusses hinterlegt werden, meinte der, den Volkswille nicht interessiert. Am 12. 12. 2007 wurden nach energischem Protest der VVN-BdA 175 445 Unterschriften auf der Freitreppe des Reichstages, über der „Dem deutschen Volke" prangt, an Abgeordnete des Bundestages übergeben. Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz, der KZ Sachsenhausen und Buchenwald, Adam König, Günter Pappenheim, Gert Schramm (ihre Lebensgeschichten siehe „Buchenwald ich kann dich nicht vergessen", dietz berlin, 2007), verliehen ihrer Empörung Ausdruck, dass den Neofaschisten politisch eher entgegengekommen wird, als sie wegen ihrer Verfassungsfeindlichkeit, die sich in der ideologischen Nachfolge des deutschen Faschismus, in Demokratiefeindlichkeit, Fremdenhass, Intoleranz und Gewalt äußert, ernsthaft zu verfolgen und ihre Partei zu verbieten.

Die das politisch zu verantworten haben, sitzen in dem Bau, der vor fünfundsiebzig Jahren über den Köpfen ihrer Vorgänger von deutschen Faschisten gebrandschatzt wurde, um anschließend mit Terror und Völkermord Deutschland und die Welt zu überziehen. Gelegentlich wagen sie es noch, von Zivilcourage und Mut und Vergangenheitsbewältigung zu reden.

Gerhard Hoffmann, VVN-BdA Brandenburg

Heinrich Fink, VVN/BdA Bundesvorsitzender, Adam König, Gert Schramm und Günter Pappenheim (v. l.) überreichen Bundestagsabgeordneten – darunter die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und Gesine Lötzsch – vor den Türen des Bundestages die Unterschriftenlisten der Kampagne nonpd. Sie bringen klar zum Ausdruck:
Das war's noch lange nicht! NPD-Verbot jetzt!

PG 2627489 – Ein Tausendsassa aus Schöneiche

Schluss mit der Ehrung für Felix Havenstein im Heimathaus Schöneiche

Die Ausstellung zu Felix Havenstein im Heimathaus von Schöneiche war zunächst scheinbar „unpolitisch". Dann wurden die Ausstellungsmacher mit Fragen nach der politischen Biographie von Felix Havenstein konfrontiert. Schließlich gab die Chronik von Schöneiche eindeutige Auskünfte über seine Aktivitäten in den für Deutschland verhängnisvollen Monaten ab Januar 1933.

Im Ergebnis standen sich in der Ausstellung unvereinbare Aussagen gegenüber. Auf der einen Seite wurde die Ortschronik wiedergegeben. Da war zu erkennen: Hier wird ein Nazi geehrt. Quasi gleichberechtigt daneben wurde die Unschuldsbehauptung des „Tausendsassa aus Schöneiche" wiedergegeben. „Ich war kein Nazi." Da konnte sich jeder ganz unpolitisch ein Bild machen, wie es ihm passte.

Es geht nicht nur um ferne Geschichte. Die Auseinandersetzung mit den neuen Nazis hat Schöneiche 2007 mit voller Wucht getroffen. Symbolträchtig sollte „Führers Geburtstag" mit der Gründung des Ortsvereins einer Partei gefeiert werden. Dagegen hatten viele Bürger unmißverständlich ein Zeichen gesetzt: Nazis sind in Schöneiche nicht willkommen. Sie fanden in Schöneiche kein Lokal und mussten nach auswärts ausweichen.

Grund genug also, sich des „Tausendsassas aus Schöneiche" mit dem Mittel der seriösen Geschichtsschreibung anzunehmen. Und da trat zu Tage, wie wenig unpolitisch hierzulande auch Heimatgeschichte ist. Der mit der Ausstellung Geehrte ist ein Lügner, wenn er sagt: *Ich, Felix Havenstein, war kein Nazi.* In der NSDAP-Kartei ist unter der Nummer 2 627 489 die Mitgliedskarte von Havenstein, Felix, geboren am 30. 11. 1892 in Friedrichshagen, zu finden. Mit der klaren Aussage: *Eingetreten am 1. 5. 33.*

Wer voller Mißtrauen gegen solche anonymen Unterlagen weiter sucht, wird auch in Selbstzeugnissen von Felix Havenstein fündig. Seinen unter dem Datum *„Schöneiche, den 28. Nebelung 38"* (d. h. 28. November 1938, *A.P.*) gefertigten Lebenslauf lässt Felix Havenstein mit den Worten enden: *„Bemerken möchte ich noch, dass ich arischen Blutes und seit 1933 Parteigenosse bin. Über meine vor diesem Zeitpunkt liegenden Beziehungen zur Partei kann gegebenenfalls Herr Oberstarbeitsführer Kretzschmann von der Reichsführerschule des Arbeitsdienstes in Potsdam-Wildpark Auskunft geben. Heil Hitler!"* Unterschrift: Felix Havenstein.

In diesem Lebenslauf vergaß er auch nicht darauf aufmerksam zu machen, dass es ihm 1937 gelang *„mit der Leitung einer Ausgrabung in Schöneiche betraut zu werden, die durch den Reichsführer SS gefördert und durch Herrn Dr. Höhne im Persönlichen Stab des Reichsführers SS beaufsichtigt wurde."* Nach einem Schreiben dieses SS-Obersturmführers Dr. Höhne vom 30. September 1937 wurden zehn SS-Männer zu eben dieser Ausgrabung eingesetzt.

Unpolitische Heimatforschung mit Geld und Männern der SS? So naiv kann doch wirklich niemand sein. Schon gar nicht bei Felix Havenstein, dessen Wirken für die Verbreitung nazistischen Gedankengutes schon in der Ortschronik treffend dokumentiert wurde.

Den Mechanismen der Naziherrschaft auf die Spur kommen, deutlich machen, wie die der deutsche Faschismus funktionierte – und wachsam gegen alle Versuche seiner Verharmlosung zu bleiben und seiner Wiederbelebung zu wehren – darauf kommt es an.

Felix Havenstein war nicht nur Mitläufer. Er war in aller Harmlosigkeit an der Errichtung der deutschen faschistischen Diktatur beteiligt. Er bediente sich des nazistischen *Blut-und-Boden-Kults* und er diente ihm. Seine Ehrung durch eine Ausstellung ist gerade mit Blick auf die aktuellen Auseinandersetzungen eine nicht zu vertretende Entgleisung. Diese Schande für Schöneiche muss ein Ende haben.

Dr. sc. phil. Artur Pech, Schöneiche, Gemeindevertreter, 17. 12. 2007

P. S. Die dargestellten Fakten und Zitate sind den vom Autor eingesehenen Akten des Bundesarchivs entnommen.

Von Bilanz und Ausblick bis Karl-Marx-Jubiläum

Fürstenwalder LINKE gut auf Kommunalwahljahr vorbereitet

Mit der Verabschiedung des Arbeitsplanes hat der Vorstand der Fürstenwalder LINKEN gleichzeitig den politischen „Fahrplan“ der Partei bis zur Kommunalwahl am 28. September beschlossen. Als stärkste politische Partei in der Stadt wollen wir unsere Heimatstadt Fürstenwalde weiter sozial, lebenswert und weltoffen gestalten. Wir werden darum kämpfen, im Herbst mit Abstand die stärkste Fraktion zu bleiben, so dass gegen DIE LINKE und die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler keine Kommunalpolitik gemacht werden kann.

„Die Kommunalwahl, interessante politische Bildungsveranstaltungen und die Gestaltung eines attraktiven, kulturvollen Parteilebens, dass neue Mitglieder anziehen soll, sind unsere Hauptinhalte des Arbeitsplanes im ersten Halbjahr“, beschreibt Stefan Sarrach die nächsten Aufgaben seiner Partei. „Neue Angebote, die nicht nur an die eigene Mitgliedschaft gerichtet werden, sind „linke Themenabende“ wie zuletzt die Veranstaltung zu Energiepreisen, Braunkohle und alternativen Energien im Dezember. Am 25. Februar wird es um „Israel und Palästina, Antisemitismus heute“ gehen. Aber auch die Arbeitsgemeinschaft Senioren der Partei hat für ihre Klubnachmittage interessante Themen vorbereitet. So wird am 30. Januar der „Linksruck in Lateinamerika“ diskutiert werden. An jeden ersten Montag im Monat wird es im „Zunfthaus 383“ in der Tuchmacherstraße am „linken Stammtisch“ die Möglichkeit geben, mit uns gemütlicher ins Gespräch zu kommen.“

Die nächste öffentliche Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN am 6. Februar wird ganz im Zeichen der Kommunalpolitik stehen. Mit der Stadtfraktion werden wir über „Bilanz und Ausblick“ der Fraktionsarbeit beraten.

Am 14. März werden wir, maßgeblich vorbereitet von der AG Senioren, des 125. Todestages von Karl Marx gedenken und abends u.a. mit Prof. Christa Luft (angefragt) eine Podiumsdiskussion in der Kufa veranstalten.

In diesem Jahr fallen der 1. Mai und Himmelfahrt zusammen, dennoch wird DIE LINKE ihre Maifeier mit buntem kulturelle und politischen Programm nicht ausfallen lassen. Allerdings wird unser Maifest vom Vormittag bis frühen Nachmittag stattfinden. Eine Woche später begründen wir dann mit „Pfingsten links in Familie“ eine neue politische Tradition.

Stefan Sarrach, MdL, Vorsitzender der Partei DIE LINKE Fürstenwalde

DIE LINKE Fürstenwalde

Stadtvorstand:
- Vorsitzender
Stefan Sarrach, MdL
- Mitglieder
Petra Joseph
Sonja Friedrich
Christian Zimmermann

Kontakt:
Schlossstraße 7
15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69
Fax (0 33 61) 34 26 24
Email: buergerbuero@sarrach.de; stefan@sarrach.de

DIE LINKE solidarisch mit GMT Gaselan-Belegschaft

Der Standort muss bleiben!

Am 22. Januar wurde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Schließung des Werkes GMT Gaselan in Bad Sarrow/Petersdorf mitgeteilt. Für die 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet die Schließung zum Ende Juni den Verlust ihres Arbeitsplatzes und der sozialen Sicherheit für ihre Familien.

Ohne erkennbare wirtschaftliche Not verlagert das Unternehmen seinen Standort nach England. Das ist das Ergebnis der Standortzusammenfassung. Erst wurde das Werk in Ungarn geschlossen, nun das Werk in Oder-Spree. Erst der billigste Lohnstandort, dann der zweitbilligste.

Der Fall „GMT“ ist kein Fall „Nokia“. Eher geht es hier um absolute Profitmaximierung, auf Kosten der Beschäftigten in Ungarn und in Petersdorf/Bad Saarow. GMT Gaselan hat volle Auftragsbücher. Zusätzlich wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befristet eingestellt, um die Aufträge fristgemäß erfüllen zu können.

Wer kein Interesse daran hat, dass ein wirtschaftlich florierendes Unternehmen unserer Region verlässt, muss hier ordnungspolitisch eingreifen! Die Gesellschaft darf die Standortverlagerung nicht zulassen. Der Kampf der Belegschaft erhält unsere Solidarität und unsere aktive Unterstützung. Konkrete Schritte stimmen wir mit dem Betriebsrat und der Geschäftsführung ab.

Die Beschäftigten brauchen in ihrem Kampf für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze alle Solidarität. Der Kapitalismus zeigt hier sein hässliches Gesicht. Die Vergabe öffentlicher Gelder muss zukünftig an den Erhalt der Arbeitsplätze gebunden werden. Es ist beschämend, dass die Bundesregierung bisher nicht einmal in der Lage war, die französischen Standards zu erreichen. Es ist Zeit, diese kapitalfreundliche Politik zu kippen. Der Erhalt der Arbeitsplätze in Petersdorf/Bad Saarow muss wichtiger sein als die Garantie von Maximalprofiten.

Lothar Bisky, MdB, DIE LINKE, Gerlinde Stobrawa, MdL, DIE LINKE, Vizepräsidentin des Brandenburger Landtages und Bürgermeisterin von Bad Saarower

Ältestenrat der Partei DIE LINKE berufen

Am 12. Dezember 2007 konstituierte sich im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin der Ältestenrat der Partei DIE LINKE. Der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky berief die Mitglieder.

Vorsitzender ist Dr. Hans Modrow und Stellvertreter sind Prof. Dr. Stefan Doernberg, Prof. Dr. Gretchen Binus sowie Gisela Kessler. Zu den 15 Mitgliedern gehört Prof. Dr. Gregor Schirmer aus Woltersdorf.

Der Ältestenrat wird als Konsultations-Gremium der Vorsitzenden der Partei wirken. Im 1. Halbjahr 2008 wird er sich mit der Vorbereitung des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE und der bevorstehenden Programmdebatte befassen. Er wird Thesen zur jüngsten Geschichte und zu linker Politik vorlegen. Weitere Themen sind die Entwicklung der Partei, die Bündnis- und internationalen Fragen.

P. Ho.

Gregor Schirmer
1932 geb.; Jurist, Prof. Dr. habil, Völkerrechtler; 1996–2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS-MdB Uwe Jens Heuer und Evelyn Kenzler; Mitarbeit in AG Europa der Bundestagsfraktion DIE LINKE und im Arbeitskreis Europäische Integration des Parteivorstands.

Ausstellung
3.2.–14.3.2008

Galerie im
Alten Rathaus,
Am Markt 1,
Fürstenwalde

Mo.–Fr. 10–18 Uhr
Sa./So. 11–17 Uhr
freier Eintritt Mo.

Veranstaltungen (Auswahl)

- 6.2., 15–17 Uhr, Beeskow, Mauerstr. 27, Bürgerbüro; 2. Arbeitsgespräch zu „Wirtschaftlichen Potenzialen in der Region Beeskow“, mit MdB Prof. Bisky
- 6.2., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Kulturfabrik; Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE in Fürstenwalde, Thema: Vorbereitung der Kommunalwahlen
- 6.2., 19 Uhr, Fürstenwalde, Kulturfabrik; Politischer Aschermittwoch der LINKEN in Oder-Spree: Der Politische Aschermittwoch hat bundesweit Tradition. Auch wir LINKEN wollen den Tag nutzen mittels Satire das politische Oder-Spree zu besprechen. Als Gast haben wir den Satiriker Peter Ensikat, langjähriger Autor der Diestel, eingeladen.
- 8.2., 16 Uhr, Storkow, Friedensdorf; Sitzung des Kreisvorstandes gemeinsam mit den Ortsvorsitzenden
- 19.2., 19 Uhr, Schöneiche, Helga Hahnemann Haus, Seniorenklub; Mitgliederversammlung, Thema: Visionen für das Land Brandenburg – Leitlinien der Partei DIE LINKEN, Referent: Renate Adolph MdL
- 21.2., 19 Uhr, Erkner, Fichtenauer Weg 44, GefAS-Stadtteilzentrum; Mitgliederversammlung der Basisorganisationen Erkner, Grünheide und Woltersdorf, Thema: „Wie antifaschistisch war die DDR?“, Gast: Prof. Dr. Detlef Joseph, Berlin
- 25.2., 18 Uhr, Fürstenwalde, Kreisgeschäftsstelle: Linker Themenabend „Israel und Palästina“, Referent: Mark Wagner

Veranstaltungen zum internationalen Frauentag

- 4.3., 19 Uhr, Woltersdorf, An der Schleuse 2–4, Hotel Kranichsberg: MdL Renate Adolph lädt ein zur Buchlesung mit Gisela Steineckert
- 5.3., 14.30 Uhr, Fürstenwalde, Kulturfabrik; Frauentagsfeier der AG Senioren
- 8.3., 14 Uhr, Erkner, Fichtenauer Weg 44, GefAS-Stadtteilzentrum; MdL Renate Adolph lädt ein: innerhalb der Reihe OFFEN GESAGT liest die Anna Seghers-Preisträgerin Katja Oskamp
- 10.3., 14 Uhr, Beeskow, Stadtbibliothek; Prof. Erika Meier liest aus ihrem Buch: „Einfach leben – hüben wie drüben“

DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle • Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: *kontakt@linke-oder-spree.de*

geöffnet Mo., Mi., Do. 9–12 und 13–17 Uhr
Di. 9–12 und 13–19 Uhr, Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr und Do. 9–12 Uhr

Alles öffentlich im Kreistag LOS

Sitzungen im Februar/März 2008

DIE LINKE-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: ?.2., 19 Uhr, Fürstenwalde, Kreisgeschäftsstelle
?.3.,
Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Straße 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43
E-Mail: *emk.pooch@t-online.de*

Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

Rechnungsprüfungsausschuss	18.2.,	18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur und Sport	19.2.,	18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Werksausschuss KWU	20.2.,	17.30 Uhr, Fürstenwalde, KWU Karl-Marx-Str. 11/12
Ausschuss f. Recht, Ordnung, und Landwirtschaft	21.2.,	18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Ausschuss f. Wirtschaft, Umwelt, Bauen	27.2.,	17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Jugendhilfeausschuss	28.2.,	17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Finanzausschuss	3.3.,	18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Werksausschuss Eigenbetrieb-Rettungsdienst	6.3.,	18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Kreisausschuss	12.3.,	17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

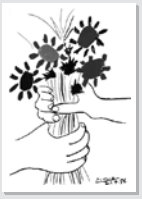
Kreistag Oder-Spree

6.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Atrium Landratsamt, Haus B, Breitscheidstr. 7

Die Tagesordnungen und konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite *https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/infobi.asp* entnehmen.

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im Februar



65. Barbara Ebel, Eisenhüttenstadt
70. Hans-Rudolf Eitner, Heinersdorf
75. Helmut Fechner, Erkner
Wolfgang Heinrich, Fürstenwalde
Ursula Menge, Eisenhüttenstadt
Heinz Wimmer, Eisenhüttenstadt
80. Horst Gerlach, Eisenhüttenstadt
Walter Gluschke, Eisenhüttenstadt
81. Günther Neumann, Fürstenwalde
81. Heinz Paschke, Schöneiche
82. Siegfried Brämick, Eisenhüttenstadt
Ursula Matthias, Fürstenwalde
Heinz Schroeder, Bad Saarow
83. Richard Klemm, Eisenhüttenstadt
85. Rudolf Ulbricht, Eisenhüttenstadt
86. Erika Herms, Eisenhüttenstadt

IMPRESSUM:
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@linke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth-@t-online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 3 000
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Saxoprint GmbH, Digital- & Offsetdruckerei, Enderstraße 94, 01277 Dresden
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Europäische Linke und DIE LINKE fordern:

Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon

Die Europäische Linkspartei und in ihr DIE LINKE in Deutschland haben eine Kampagne dafür gestartet, die Bürgerinnen und Bürger selbst darüber entscheiden zu lassen, ob sie den Vertrag von Lissabon wollen oder nicht. Wir sammeln Unterschriften für die Forderung, in Deutschland eine Volksabstimmung über den Vertrag durchzuführen und zuvor eine ordentliche Aufklärung über den Inhalt des Vertrags zu gewährleisten. Worum geht es?

Vor vier Jahren wurde den Völkern ein „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ vorgesetzt. Die Franzosen und die Niederländer lehnten dieses Monstrum in Volksabstimmungen ab. Das war eine eklatante Niederlage der Regierenden, die ja alle miteinander den Verfassungsvertrag unterzeichnet hatten. Für dessen Inkrafttreten wäre aber die Ratifikation durch alle 27 Mitgliedstaaten notwendig gewesen. Das war nicht mehr erreichbar, zumal jetzt auch andere Mitgliedstaaten aufmuckten, vor allem Polen. Die Verfassung war tot. Nun war guter Rat teuer.

Den Ausweg erfand die Kanzlerin während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Ihr giftiges Rezept: Man verzichte auf den Begriff Verfassung und auf einige Formeln, die so aussehen, als wolle sich die EU zu einem Staat mausern, man mache ein paar Zugeständnisse in umstrittenen institutionellen und Verfahrensfragen. Im übrigen belasse man es bei der Weitergeltung der zwei alten Verträge. Man rühre die „Substanz“ der gescheiterten Verfassung per Änderungsvertrag in die alten Verträge hinein. Und man vermeide vor allen Dingen neuerliche Volksabstimmungen, denn die Völker verderben nur den Brei der Regierenden. So geschah es. Das Ergebnis ist der Änderungsvertrag von Lissabon.

Seine Beurteilung in Stichpunkten:

- Dieser Vertrag führt die beabsichtigten Zwecke der Verfassung durch die Hintertür einer Vertragsänderung wieder ein.
- Er ist für die Menschen unleserlich und undurchschaubar und selbst für Fachleute schwer verständlich.
- Er schreibt die neoliberale Orientierung der EU fest, die zu Sozialabbau, zu Arbeitslosigkeit und zu prekären Lebenslagen von Millionen führt.
- Eine Sozialunion enthält er trotz beachtenswerter verbaler Zugeständnisse an soziale Ziele nicht.
- Er verstärkt den militaristischen Kurs der EU durch Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Aufrüstung, durch Auflassung zu völkerrechtswidrigen Kampfeinsätzen und zur Begründung militärischer Sonderbündnisse von Mitgliedstaaten, die „fähig und willig“ sind, in kriegerischen Ambitionen weiter zu gehen als andere.
- Der Vertrag von Lissabon beseitigt das Demokratie-Defizit der EU nicht, obwohl er einige Verbesserungen, darunter im Hinblick auf die Rechte des Europäischen Parlaments, enthält.
- Nicht zuletzt: Der Vertrag stärkt die Position der großen und mächtigen Mitgliedstaaten, vor allem Deutschlands auf Kosten der kleinen und mittleren. Volksabstimmungen sind – außer in Irland, wo die Verfassung das vorschreibt – nicht vorgesehen.

Unterm Strich: Bei Abwägung des Positiven und des Negativen lautet das Urteil: Nein zum Vertrag von Lissabon. Aber lassen wir die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Die Regierenden haben Angst davor. Wir nicht.

Gregor Schirmer, Woltersdorf

Lothar Bisky hat zum Auftakt der Aktion am 13. Dezember 2007 als erster seine Unterschrift unter die Forderung nach einem Referendum gesetzt.

Text der Unterschriftslisten für eine Volksabstimmung zum Europäischen Vertrag

Für die Durchführung einer Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) in der Bundesrepublik Deutschland!
Ich fordere:

- In der Bundesrepublik Deutschland wird eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) durchgeführt.
- Der Deutsche Bundestag soll die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen.
- In Vorbereitung des Referendums sind umfassende, verständliche und aufklärende Informationen der Bürgerinnen und Bürger über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) zu sichern.

Unterschriftslisten erhalten Sie in den Geschäftsstellen der Partei DIE LINKE oder im Internet unter *http://die-linke.de/politik/international/europa_mitbestimmen_referendum_jetzt/*. Unter dieser Internetadresse ist auch eine Onlineabstimmung möglich.

DIE LINKE Beeskow lud zum Gedankenaustausch

Macht der „Aufschwung“ um Beeskow einen Bogen?

Großmundig feiern die Regierenden ihren Aufschwung und gefallen sich in der Übergabe neuer Projekte, ohne zu erwähnen, wie viele Arbeitsplätze im nahen und weiteren Umfeld weg rationalisiert, Leute auf die Straße gesetzt oder gar Betriebe geschlossen wurden.

In Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt schalten einige wirtschaftliche Leuchttürme ein, aber in Beeskow gehen immer mehr Lichter aus. Die angekündigte Schließung der Beeskower Milchwerke, die nach der Wende mit Hilfe von Fördermitteln aufgepeppt wurden, ist ein trauriges Ereignis in dieser Kette und hat die Genossen der Linken in Beeskow veranlasst zu sagen: wir können nicht länger ohnmächtig zuschauen, *wir müssen etwas tun!*

Ja, unser Beeskow hat sich herausgeputzt dank der umsichtigen Nutzung der Fördermöglichkeiten für Städte mit historischem Stadtkern durch die Stadtväter und Abgeordneten sowie durch das aktive Mitwirken vieler Bürger. Die Stadt hat sich zu einem Touristenmagneten gemausert, auch wenn noch nicht genügend Touristen von diesem Magneten angezogen werden.

Dieser Weg ist auf der Grundlage der Stadtentwicklungskonzeption fortzusetzen. Die Verantwortlichen der Stadt konzentrieren sich auf die Unterstützung des ansässigen Handwerks und Gewerbes und besonders auf die Sicherung der angekündigten Investition der Glunzwerke. (ehemalige Spanplatte)

Ungeachtet dessen drücken die Probleme. Seit der Wende wurden die Betriebe des produzierenden Bereichs bis auf wenige abgewickelt. In den verbliebenen wurde die Zahl der Arbeitskräfte stark eingeschrumpft. Bemühungen der Stadt um spürbare neue Industrieansiedlungen blieben erfolglos. Auch der Bau einer neuen Beschichtungsanlage im Spanplattenwerk brachte keine zusätzlichen Arbeitsplätze, wie in der Presse verkündet wurde. Die neu geschaffenen wurden durch Umsetzungen von Arbeitskräften innerhalb des Betriebes besetzt, um den Preis der Verlängerung von Arbeitszeit und der Ausgliederung von Bereichen, in denen Neueinstellungen zu schlechteren Bedingungen erfolgen.

Was nützt ein schönes Städtchen, wenn viele keine Arbeit haben, Leistungen nach Hatz IV erhalten oder für ihre fleißige Arbeit so wenig Geld bekommen, dass sie auf staatliche Hilfe angewiesen sind?

Der folgenschwere Weggang junger Männer und besonders von Frauen hält deshalb an. Die allgemeine Preisentwicklung schmälert zusehends die Kaufkraft der Bevölkerung. In den kommenden Jahren wird auch die durch Renten gebildete Kaufkraft noch spürbarer sinken. Das wird nicht nur die Armut vergrößern, sondern auch die Existenz der örtlichen Unternehmen des Einzelhandels, des Handwerks und Gewerbes bedrohen und Auswirkungen auf die Kommunaleinnahmen haben. *Eine Spirale ohne Ende? Das darf nicht sein, sagten wir, die Beeskower LINKEN.*

Zunächst hatten wir die Absicht, die Beeskower Öffentlichkeit für diese Probleme durch ein Flugblatt zu sensibilisieren. Doch bald fragten wir uns, was wir damit bewegen könnten. Wir kamen zu dem Schluss, uns an den Bürgermeister, die Abgeordneten und Unternehmen der Stadt direkt zu wenden und luden zum 20. 11. 2007 zu einem Gespräch ein mit dem Ziel, den Erfahrungsaustausch über notwendige Schritte für regionale Wirtschaftsimpulse zu organisieren, das Engagement zu bündeln und eine *„Initiative für regionale Wirtschaftsentwicklung“* zu verabreden.

Im Mittelpunkt sollten die Fragen stehen: „Welche wirtschaftlichen Potenziale hat die Region?“ und „Brauchen wir ein übergreifendes Entwicklungsnetzwerk, bestehend aus Wirtschafts-, Politik- und Sozialvertretern?“ Die Teilnahme an der Veranstaltung war für uns zunächst enttäuschend. Die Ursache war sicher weniger das Desinteresse der Eingeladenen, sondern eine unglückliche Überschneidung mit einer Veranstaltung des Mittelstandsvereins und unsere zu kurzfristige Einladung.

Bürgermeister Taschenberger, der zu unserer Freude unserer Einladung gefolgt war, zeigte sich den Problemen sehr aufgeschlossen. Im Gespräch machte er aber deutlich, dass die Erfahrungen seines Amtes ihn gelehrt hätten, nur „kleine Brötchen zu backen“. Die Sicherung der angekündigten Investition der Glunzwerke, der Existenz der etwa 800 Gewerbetreibenden und der Bedingungen für den Handel in der Stadt seien harte Alltagsarbeit. Immerhin werde ein Industriegebiet von 15 bis 30 Hektar planerisch entwickelt. Er räumte aber ein, dass ein gemeinsames Wirtschaftskonzept für Arbeitsplätze auf jeden Fall von Vorteil sei, für das er allerdings nicht den Hut aufzusetzen gedenke.

In der weiteren Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass es durchaus Städte gibt, in denen sich die Verantwortlichen engagiert in Arbeitsmarktprobleme einmischen. Das müsste auch in Beeskow möglich sein.

Dr. Wolfgang Lange und Edelgard Liebscher, Beeskow

Foto: www.flickr.com, © wuestenbrand

Dr. Wolfgang Lange gab die Einführung zum Gespräch. Er plädierte für ein „Wirtschaftsporträt Beeskow“, für ein aufgabenbezogenes und selbstbewusstes Standortmarketing, das Beeskow die Möglichkeiten über die Landesgrenzen hinweg bekannt machen könnte. Ausarbeiten sollte das eine Gruppe von sachkundigen und engagierten Leuten. Den Hut dafür müsste sich Bürgermeister Taschenberger aufsetzen. Studenten der Viadrina Frankfurt (Oder) sollten für die Erarbeitung einer Studie im Rahmen eines Projektes gewonnen werden.

Dr. Karin Niederstraßer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Beeskower Stadtparlament, erklärte die Voraussetzung für eine erfolgreiche Bearbeitung dieses Themas kann nur das gemeinsame Bemühen von Wirtschaftsförderverein, Mittelstandsverein, Stadtverwaltung und Abgeordneten sein. Alle mögen die Fäden der interessanten Debatte aufnehmen und in Gesprächen weiter spinnen.

2. Gesprächsrunde Regionale Wirtschaftsentwicklung Beeskow:
6.2.2008, 15–17 Uhr
Mauerstraße27

Kontakt:
DIE LINKE Beeskow
Mauerstr. 27
15848 Beeskow
Tel. (0 33 66) 2 02 02
E.Liebscher@web.de